

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 95 846 ppbn
Teletax: (0228) 9 15 20-12



Inhalt

Peter Glotz MdB fordert einen
"operationellen" Einsatz des
Embargos gegen Serbien, um
die Gefahr einer neuen Tragö-
die im Kosovo zu mildern.

Seite 1

Dokumentation

Annemarie Ranger würdigte
das Leben und die Leistungen
von Robert Kempner.

Seite 3

48. Jahrgang / 160

24. August 1993

Zur Lage im Kosovo und in Mazedonien

Von Dr. Peter Glotz MdB

Im Auftrag des Vorsitzenden der SPD Rudolf Scharping habe ich mich eine Woche zu einer "fact finding mission" in Belgrad, dem Kosovo und Mazedonien aufgehalten. Gesprächspartner waren das gesamte Spektrum der serbischen Opposition, der Oberbürgermeister Belgrads und der Auswärtige Ausschuß des serbischen Parlaments unter seinem Vorsitzenden Bora Jovic, Dr. Ibrahim Rugova, der führende Albaner im Kosovo, Präsident der (international noch nicht anerkannten) Unabhängigen Republik Kosovo sowie alle albanischen Oppositionsparteien, die serbische Verwaltung des Kosovo sowie der mazedonische Präsident Kiro Gligorov und Vertreter verschiedener mazedonischer Parteien. Zur Lage im früheren Jugoslawien mache ich die folgenden Bemerkungen:

1. Die Sanktionen der Internationalen Gemeinschaft bedrängen die serbische Bevölkerung hart. In Serbien herrscht Hyper-Inflation; ein 1-Milliarden-Dinar-schein erschien gerade in der Öffentlichkeit. Die medizinische Versorgung ist miserabel. Sobald im Herbst Kälte einsetzt, könnte sich insbesondere in Belgrad, das 400.000 Flüchtlinge beherbergt, eine Katastrophe anbahnen.

Das Problem für den Westen besteht darin, daß die Sanktionen die Stellung der Regierung bisher nicht gefährden. Unter dem Druck der Sanktionen ist der Handlungsspielraum der Opposition eher gemindert. Ein Konkurrent für Präsident Slobodan Milosovic, dem man eine Massenwirkung zutrauen könnte, ist bisher nicht erkennbar, weder in Milosovic' eigener Partei, der SPS, noch in der Opposition, deren bekannteste Figur Vuk Draskovic ist. Sollte das Regime kippen, kippt es eher nach rechts als nach links. Der stärkste Mann hinter Milosovic ist der Führer der radikalen Partei, **Seselj**.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 126408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortung für Inhalt
übernimmt die Redaktion
Regierung-Partner



2. Im Kosovo bewegen sich zwei Züge mit hoher Geschwindigkeit aufeinander zu. Die Serben haben 1989 die 1974 geschaffene Autonomie des zu fast 90 Prozent von Albanern bewohnten Kosovo dispensiert und eine brutale Repression eingeführt. Die Albaner antworten mit einem nahezu einmütig getragenen Boykott. Seit 1991 werden zum Beispiel Schüler und Studenten in einem eigenen albanischen Erziehungssystem alternativer Art unterrichtet. Für die Serben ist das Kosovo die "Wiege des Erbertums". Dort stehen ihre nationalen Heiligtümer, eine Aufgabe des Kosovo wagt kein serbischer Oppositionspolitiker öffentlich auch nur anzudeuten. Auf der anderen Seite halten die Albaner in der Zwischenzeit jede serbische Verwaltung des Kosovo für unakzeptabel. Die derzeitigen Positionen sind objektiv unvereinbar.

Diese Unversöhnlichkeit muß auf dem Hintergrund einer peronistischen Situation im Kosovo gesehen werden. Den weitgehend unbewaffneten Albanern stehen nicht nur die starken serbischen Polizeikräfte, sondern auch zwei paramilitärische Gruppierungen unter Sesej und Arkan gegenüber, von der - derzeit in die Konflikte nicht eingreifenden - Armee ganz abgesehen. Eine Explosion im Kosovo müßte sofort zu schrecklichen Verlusten unter der albanischen Bevölkerungsmehrheit führen.

3. In Mazedonien hält der Präsident Kiro Gligorov mit seiner sozialdemokratischen Union und den Koalitionspartnern der Liberalen Partei, der Sozialistischen Partei und einer der albanischen Parteien (PDP) sowohl die mazedonischen als auch die albanischen Nationalisten in einer erträglichen Balance. Tausend präventiv stationierte Blauhelme, darunter ein amerikanisches Kontingent, sichern die Lage zusätzlich. Das Land, das einen Puffer des Friedens im südlichen Jugoslawien darstellt, steht aber sowohl unter serbischem als auch unter griechischem und (potentiell) albanischem Druck. Serbien hat versucht, die Stationierung der UN-Truppen zu verhindern; in Serbien gibt es immer noch Kräfte, die Mazedonien für "Süd-Serbien" halten. Griechenland, militärisch von den 15.000 lediglich mit Gewehren bewaffneten mazedonischen Soldaten in keiner Weise bedroht, fürchtet immer noch mazedonischen "Expansionismus" und blockiert den für die Identität der Mazedonier entscheidend wichtigen Staatsnamen. Der griechische Vorschlag "Slawo-Mazedonien" ist für ein Mischvolk mit mazedonischen, albanischen, serbischen, türkischen und bulgarischen Bevölkerungsanteilen und einer erheblichen Bevölkerungsminorität der Roma keineswegs akzeptabel. Ein selbständiges Kosovo oder eine groß-albanische Lösung würden auf die albanische Minderheit Mazedoniens eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausüben. Die Lage Mazedoniens ist prekär.
4. Angesichts dieser gefährlichen Lage muß der Westen seine rhetorisch-unspezifische Politik operativ zuspitzen. Tut er das nicht, bahnt sich auf der Südfanke des Balkans nach der kroatischen und bosnischen eine dritte Niederlage an.
 - 4.1. Aus humanitären Gründen fordere ich die sofortige Aufhebung des Embargos für Medikamente. Es ist mit der westlichen Wertordnung nicht vereinbar, die Gesundheit von Kinder und alten Menschen als Geisel für eine fragwürdige Regierung zu nehmen. Es ist im übrigen auch nicht wirksam.
 - 4.2. Generell muß das Embargo aufrecht erhalten bleiben, bis eine tragfähige Friedenslösung in Bosnien gefunden ist. Es macht aber keinen Sinn, Milosevic die Handhabe zu geben, dem serbischen Volk zu sagen: Was immer wir tun, der Westen wird die Sanktionen beibehalten, und zwar über Jahre. Dem serbischen Volk muß klar gemacht werden, unter welchen Bedingungen die Sanktionen fallen können. Nur unter diesen Bedingungen könnte es beweglich werden.
 - 4.3. Da Krieg im Kosovo auf mittlere Sicht nur durch eine präventive Stationierung von UN Blauhelmen zu verhindern ist, schlage ich vor, den Serben - nach einer Lösung der Bosnien-Frage - die Aufhebung der Sanktionen in Aussicht zu stellen, wenn sie einer Stationierung von Blauhelmen im Kosovo zustimmen.
 - 4.4. Der Westen muß sich ein Konzept für eine Dauerlösung der Kosovo-Frage machen. Denkbar erscheint nur eine von beiden Seiten derzeit abgelehnte Option: Die Rückkehr zu einer Autonomie der Albaner im Kosovo, ähnlich der Verfassung von 1974.

- 4.5. Mazedonien sollte als Staat dauerhaft garantiert werden. Es ist der beste Garant gegen die Sogkraft großserbischer oder großalbanischer Optionen. Der Westen muß alles tun, um Griechenland zu einer staatsrechtlichen Anerkennung des mazedonischen Staates zu veranlassen; er sollte auch alles Mögliche tun, um die wirtschaftliche Existenz Mazedoniens zu gewährleisten.
5. Insgesamt muß der Westen von einer Politik der vagen Drohungen zu einem Konzept konstruktiver Hilfe vorstoßen. Mit Bombardements - ob halbherzig angedroht wie derzeit oder effektiv durchgeführt - ist dieser Raum nicht zu beeinflussen. Da die große Militärintervention niemand im Kreuz hat, bleibt nur eine filigrane Ausgleichspolitik. Untätigkeit kann zu einer Zerstörung der Südflanke der NATO - und zu furchtbaren Verlusten unter der albanischen, mazedonischen und serbischen Bevölkerung - führen.

(-/24. August 1993/ru/ks)

DOKUMENTATION

Zum Gedenken an Robert M. W. Kempner

Die SPD-Politikerin Dr. h.c. Annemarie Renger, Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D., sprach bei der Beisetzung von Robert M. W. Kempner am Dienstag in Berlin Worte des Gedenkens.

Beim Abschied von Robert Kempner können wir dankbar ein Leben würdigen, das fast ein ganzes Jahrhundert umspannte und erfüllt war vom lebenslangen Kampf um das Recht.

Robert Kempner war 1899 geboren, nahm nach dem Abitur noch am Ersten Weltkrieg 1917/18 teil, studierte Rechtswissenschaften und trat dann in den preußischen Staatsdienst ein. Seit 1928 war es Justiziar der Polizeidivision im Preußischen Ministerium des Inneren und hatte damit eine juristische Schlüsselstellung.

Robert Kempner hat in den zwanziger Jahren als einer der wenigen erkannt, welche große Gefahr von der nationalsozialistischen Bewegung ausging, und als einer der ersten nachhaltig vor Hitler und den Nationalsozialisten gewarnt. Er war maßgeblich beteiligt an der Erarbeitung einer Denkschrift des Polizeipräsidentiums, die zum Ziel hatte, Hitler wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Meineid unter Anklage zu stellen, die NSDAP aufzulösen und Hitler auszuweisen. Aber die Versuche, die Welle des Nationalsozialismus aufzuhalten, scheiterten.

Im Februar 1933 wurde Kempner wie viele andere Beamte durch die neuen Machthaber vom Dienst suspendiert. Er arbeitete dann eine Zeitlang als Auswanderungs- und Devisenberater für zahlreiche Juden. Nach mehrfacher Gestapohaft emigrierte er 1935 zunächst nach Italien und Frankreich, bei Kriegsbeginn in die Vereinigten Staaten.

Dort lehrte er an verschiedenen Hochschulen, auch an der Militärakademie Westpoint. Von 1941 an war er im US-Kriegsministerium und im Justizministerium als politischer und juristischer Berater sowie als Sonderberater für Internationales Recht tätig.

1945 erhielt er die amerikanische Staatsbürgerschaft, nachdem er von Hitler 1938 ausgebürgert worden war.

Das amerikanische Justizministerium entsandte ihn 1945 nach Deutschland, als Mitglied des Stabes von Robert H. Jackson, dem amerikanischen Hauptankläger am Nürnberger Militärtribunal. Kempner vertrat vor dem Internationalen Gerichtshof die Anklage gegen die Reichsregierung; später war er amerikanischer Hauptankläger im Wilhelmstraßen-Prozess.

Robert Kempner war der bekannteste der Nürnberger Ankläger. Er blieb von all jenen, die 1945 beim Nürnberger Tribunal der Siegermächte die Anklage führten, am meisten in Erinnerung.

Dieses Tribunal wurde auch für seinen weiteren Lebensweg bestimmend.

1951 begründete er in Frankfurt/Main eine Anwaltspraxis. Als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus trat er mit zahlreichen Buchveröffentlichungen und öffentlichen Stellungnahmen hervor und meldete sich immer wieder zu Wort, wenn es um das düsterste Kapitel der deutschen Geschichte ging. Er versuchte, die Erinnerung zu erhalten und mahnte die Bewältigung der NS-Vergangenheit an, denn er gehörte zu jenen, die gute Gründe hatten, die Versäumnisse bei dieser Bewältigung zu beklagen.

Noch zuletzt ist er in die Kommission berufen worden, die über die Umwandlung der sogenannten "Wannsee-Villa" in eine würdige Gedenkstätte beraten soll.

Vor allem setzte er sich für die Wiedergutmachung des von den Nationalsozialisten verübten Unrechts ein. Er arbeitete als Berater in Fragen des Internationalen Strafrechts und des Entschädigungsrechts, übte daneben eine weitgespannte Vortragstätigkeit aus, widmete sich wissenschaftlichen Arbeiten und war aktiv beteiligt an der Weiterentwicklung des Völkerrechts.

Die große Zahl der Auszeichnungen, die ihm zuteil wurden, zeigt an, daß sein Werk weltweit Anerkennung gefunden hat.

Seine Lebenserinnerungen tragen den zutreffenden Titel "Ankläger einer Epoche". Aber Kempners lebenslanges Wirken war mehr als das. Sein Kampf um das Recht für den einzelnen und das Wohl der Allgemeinheit fordert uns auf, immer wieder an ihn zu erinnern.

Wir suchen heute Vorbilder, die wir in unserer Gesellschaft mehr denn je brauchen, vor allem für unsere Jugend. Robert Kempner gehört dazu. Seinem Vorbild sollen wir folgen.

Robert Kempner war ein solches Vorbild. Er säte nicht Haß, sondern verlangte Nachdenklichkeit und Erkenntnis, daß Demokratie und Menschenrechte zusammengehören. Das sind die Elemente, die konkret in das Völkerrecht hineingehören und einklagbar sein müssen.

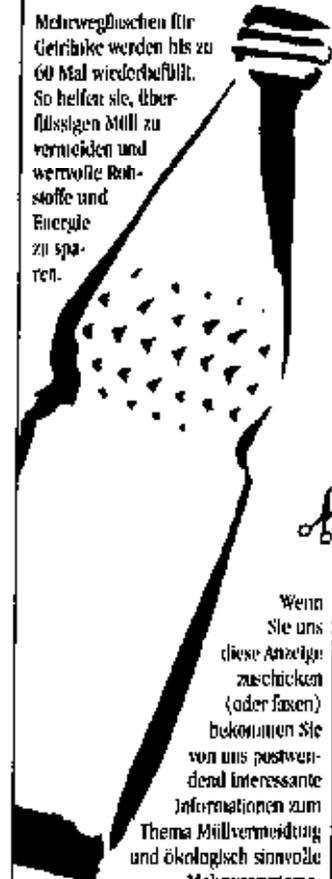
Das haben auch die Schüler des "Adolf-Reichwein-Gymnasiums" in Heusenstamm begriffen, als sei unter dem Titel "Ewige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit" die Schlußfolgerung gezogen:

"Wir glauben, für uns junge Menschen kommt es entscheidend darauf an, ob es uns gelingt, Inhalte wie Gerechtigkeit und Freiheit persönlich zu durchdenken und sie aus bloßen Begriffen, die im Grunde gleichgültig lassen, zu unserem innersten Anliegen zu machen."

(-/24. August 1993/ru/ks)

Immer Mehr...

Mehrwegflaschen für Getränke werden bis zu 60 Mal wiederauffüllt. So helfen sie, überflüssigen Müll zu vermeiden und wertvolle Rohstoffe und Energie zu sparen.



Wenn Sie uns diese Anzeige zuschicken (oder faxen) bekommen Sie von uns postwendend interessante Informationen zum Thema Müllvermeidung und ökologisch sinnvolle Mehrwegsysteme.

BUND · 50222 Bonn · Fax 02 28/900 97 40



45 x 175 mm